

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/52

15. März 1973

Verbesserung der Qualität des Lebens

Anmerkungen zur sozialen Komponente der
Forschung

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB
Bundesminister für Forschung und Technologie

Seite 1 / 41 Zeilen

Zwei Fragen an die Jungsozialisten

Exakte Analysen erfordern ein taugliches
Instrumentarium

Von Herbert Ehrenberg MdB
Staatssekretär a.D.

Seite 2 und 3 / 61 Zeilen

Hochschulrahmengesetz wird zum Nahziel

Verabschiedung bis spätestens Anfang 1974
erforderlich

Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für
Bildung und Wissenschaft

Seite 4 und 5 / 98 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Verbesserung der Qualität des Lebens

Anmerkungen zur sozialen Komponente der Forschung

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB

Bundesminister für Forschung und Technologie

Die technische Zivilisation, in der wir leben und aus der wir nicht aussteigen können, entwickelt sich weiter. Dazu trägt jeder in seiner Weise bei. Wohin das Ganze freilich treibt, ist einstweilen noch unklar. Wir wissen heute lediglich, daß es so wie in den letzten hundert Jahren nicht unendlich weitergehen kann. Wir wissen auch, daß Wissenschaft und Technik nicht automatisch richtige Lösungen für die richtigen Probleme produzieren. Selbst dort, wo dies gelungen ist, hat es oft Nebenwirkungen gegeben, die nicht beabsichtigt waren und die uns heute große Schwierigkeiten machen.

Was wir also brauchen, sind kritische Auseinandersetzungen darüber, wie es weitergehen soll. Ich habe dafür kein Patentrezept, und ich glaube, niemand hat es. Aber die Richtung, in der eine Antwort zu suchen ist, liegt doch schon ziemlich fest. Der Bundeskanzler hat es in der Regierungserklärung angesprochen: Nicht nur die wissenschaftlich-technischen Entwicklungen selbst, sondern auch der Bedarf für sie und ihre sozialen und gesellschaftlichen Folgen müssen künftig mehr als bisher in die Forschung einbezogen werden. Mit anderen Worten: Wir müssen unsere wissenschaftlich-technischen Anstrengungen künftig weniger an dem orientieren, was wir können, also was wissenschaftlich-technisch machbar ist, als vielmehr an dem, was wir wirklich brauchen, also was für unsere Lebensentfaltung innerhalb der sozialen Bindungen, in denen wir stehen, in der Gemeinschaft der Völker auf dieser einen Erde nötig ist.

Das läßt sich vielleicht an einem Beispiel aus der biologischen und medizinischen Forschung am besten verdeutlichen. Auch hier steht eine doppelte Aufgabenstellung im Vordergrund: nämlich einerseits die positiven Möglichkeiten unserer Zivilisation, besonders ihre wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten, besser zu nutzen, um Krankheiten zu verhüten, sie, wenn sie auftreten, schneller und sicherer zu erkennen, wirksamer zu behandeln und die Heilungschancen zu erhöhen. Andererseits gehört gewiß auch dazu, die negativen Wirkungen dieser Zivilisation festzustellen und soweit wie möglich durch gezielte Maßnahmen zu verhindern. Wir müssen unsere Forschungs- und Technologiepolitik noch entschiedener als bisher auf den langfristigen sozialen Bedarf ausrichten und dürfen dabei nicht vergessen, daß wir nicht allein auf dieser Erde leben und daß diese Erde nicht unendlich groß und nicht unendlich belastbar ist.

Wenn wir das tun, tragen wir zur Qualität unseres Lebens bei, mehr noch: wir verbessern sie. (-/15.3.1973/ks/dx)

Zwei Fragen an die Jungsozialisten

Exakte Analysen erfordern ein taugliches Instrumentarium

Von Herbert Ehrenberg MdB, Staatssekretär a.D.

Nach ausführlicher Diskussion - in der von einer starken Minderheit auch die Position der Ablehnung jeder langfristigen Planung unter nichtsozialistischen Bedingungen vertreten wurde - hat der Godesberger Bundeskongreß der Jungsozialisten die Errichtung einer "Langzeitprogramm"-Kommission beschlossen. Diese Kommission soll ein "analytisch-strategisches Alternativ-Konzept" zu dem Planungskonzept der Partei erarbeiten. Der Juso-Kongreß hat dabei seiner Kommission bereits sechs Fragen gestellt. Aus diesen Fragestellungen sowie aus der Diskussion und dem einleitenden Referat von Friedrich Schepsmeier ergeben sich - unter Vernachlässigung aller Nebenaspekte - zwei Fragen an die Jungsozialisten.

1/ Wenn Schepsmeier einleitend feststellt, daß die Jungsozialisten von einem sozialdemokratischen Programm erwarten würden, "daß es die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum als eine notwendige Bedingung für den Sozialismus darlegt", so wird damit ein anderes sozialdemokratisches Programm erwartet, als es auf der Basis des Godesberger Grundsatzprogramms möglich ist. Im Godesberger Programm ist die Überführung von Produktionsmitteln in Gemeineigentum ein wirtschaftspolitisches Instrument unter vielen. Es wird dort generell von einem gemischten Wirtschaftssystem unter Betonung der Tarifautonomie und mit Bejahung des freien Marktes ausgegangen. Nun ist auch das Godesberger Grundsatzprogramm nicht für die Ewigkeit geschrieben. In der parteiinternen Diskussion ist es aber unbestrittene Grundlage unserer Arbeit. Wer es zur Diskussion stellen will, soll dies offen sagen. Scheingefechte um die Bedingungen langfristiger

Planung im "kapitalistischen" System lenken dann nur ab.

2/ Der Haupteinwand der Jusos gegen den vorliegenden "Entwurf eines politisch-ökonomischen Orientierungsrahmen für die Jahre 1973 bis 1985" ist der Mangel einer vorausgegangenen Gesamtanalyse. In allen kritischen Beiträgen auf dem Juso-Kongreß wurde dagegen diese Analyse gleich mitgeliefert. Das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der Bundesrepublik ohne Differenzierungen ist danach als kapitalistische Klassengesellschaft anzusehen.

Der jetzt beschlossene Auftrag zur Erarbeitung eines "analytisch-strategischen Alternativkonzepts" wird hoffentlich von der zu bildenden Kommission auch als Auftrag zu konkreter analytischer Arbeit verstanden. Dabei dürfte das neo-marxistische Instrumentarium allein nicht ausreichen; genausowenig wie es das neo-liberale tut. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Wirklichkeit in der Bundesrepublik ist vielschichtiger und lohnt eine exakte Analyse. Freilich mit einem tauglichen Instrumentarium. Gelingt es den Jungsozialisten, sich von ihrem bisher vorgegebenen Instrumentenkasten zu lösen, dann kann die Arbeit dieser Kommission befruchtend auf das künftige Planungskonzept der Partei einwirken.

Was der SPD-Parteitag in Hannover über das "Langzeitprogramm" auch immer beschließen wird, die Notwendigkeit langfristiger Planung ist für sozialdemokratische Politik unabweisbar. Der Nachholbedarf an öffentlichen Leistungen kann nicht - auch nicht unter anderen politischen Verhältnissen - im Hau-Ruck-Verfahren, sondern nur anhand einer abgestuften Prioritätenskala erfüllt werden. Und nur mit gezielter Prioritätensetzung wird es möglich sein, das, was wir "Qualität des Lebens" nennen, zuerst dort zu verwirklichen, wo es am nötigsten ist. Dazu gehört auch, daß wir den Auftrag haben, die Situation des arbeitenden Menschen jetzt und hier zu verbessern.

(-/15.3.1973/ks/fh)

+ + +

Hochschulrahmengesetz wird zum Nahziel.

Verabschiedung bis spätestens Anfang 1974 erforderlich

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Es wird immer wieder übersehen, daß es bei der Auseinandersetzung an unseren Hochschulen schon seit Jahren sowohl um Probleme der Reform als auch um harte, im engeren Sinne politische Auseinandersetzungen geht. Wenn ich mir die Entwicklung der letzten Jahre an manchen Universitäten ansehe, dann kann ich nur zu der Hypothese gelangen, daß es den linken studentischen Gruppierungen nicht etwa nur darum zu tun ist, "Marx an die Hochschule" zu holen oder Strukturen und Lehrinhalte an veränderte Umstände anzupassen, sondern letztlich darum, "Marx" gewissermaßen zur Alleinherrschaft im akademischen Bereich zu verhelfen mit dem Ziel, unseren Staat und unsere Gesellschaft im marxistisch-leninistischen Sinne zu revolutionieren. Solchen Gruppen kommt es also heute gar nicht mehr so entscheidend auf durchgreifende Reformen in der Hochschule als solche an, die ja das System der Bundesrepublik gleichzeitig verändern und stabilisieren würden. Ihnen geht es vielmehr darum, berechnete Forderungen der Studentenschaft und auch der verschiedenen politischen Parteien auf dem Gebiete des Hochschulwesens umzufunktionieren in Forderungen, die unser politisches System als solches sprengen sollen.

Eine einseitige ideologische Ausrichtung des Lehr- und Forschungsbetriebes muß also unter allen Umständen verhindert werden, weil sie das Ende jeder Wissenschaft im abendländischen Sinne bedeuten würde. Alle Lehrenden und Lernenden müssen schließlich immer wieder bereit sein, eigene Arbeitshypothesen kritisch zu überprüfen, sie bestätigt oder widerlegt zu sehen. Ein dermaßen kritisches Bewußtsein war stets Bestandteil unseres Wissenschaftsbetriebes. Rein monokausal analysierende und argumentierende Theoretiker sind letztlich der Suche nach Erkenntnis nicht eigentlich verpflichtet, ja verstoßen gegen das, was man als Berufsethos des Wissenschaftlers überhaupt bezeichnen könnte.

Man muß aber natürlich sehen, daß Fragen der Hochschulreform immer auch eminent politische Fragen darstellen, die sich aus unterschiedlichen politischen Zielsetzungen und möglicherweise unterschiedlichen ideologischen Vorstellungen ergeben, daß die Hochschule insgesamt ein entscheidender Teil der Gesellschaft ist und es somit notwendigerweise zu Rückkoppelungsprozessen zwischen gesamtgesellschaftlichen Vorgängen und Vorgängen an der Hochschule kommt. Wir würden daher von unserer bildungspolitischen Konzeption her z.B. sagen müssen, daß für uns Fragen der Hochschulreform unter anderem einen wichtigen Teilaspekt des gesamten Problems der Demokratisierung unserer Gesellschaft ausmachen.

Von hier aus ergeben sich nun andererseits immer wieder Mißverständnisse in den Auseinandersetzungen um die Hochschulreform und des Hochschulrahmengesetzes vor allem da, wo es um die Regelung von Paritäten in Hochschulgremien aller Art geht. Hier handelt es sich nicht mehr im entferntesten darum, daß irgendwelche Privilegien einer Ordinarienuniversität von irgendjemandem in der Bun-

desrepublik verteidigt werden sollen. Vielmehr gilt es, reformerisch einen vernünftigen Mittelweg zu finden, der einerseits die Mitwirkung aller Gruppen an der Hochschule in allen wichtigen Fragen garantiert, die zur Entscheidung an der Hochschule anstehen, der aber andererseits die Hochschule der Zukunft nicht funktionsunfähig macht.

Der Bundesgesetzgeber hat daher das richtige Ziel angesteuert, je nach Aufgabe des betreffenden Gremiums Paritäten u.U. unterschiedlich fixieren zu lassen. Ich würde z.B. sagen, daß dort, wo es um Probleme der Zuteilung von studentischen Laborplätzen an einer Universität geht, in einer entsprechenden Kommission eine 50-zu-50-Parität möglich sei, also ein Gremium anvisiert werden sollte, das zu 50 vH. aus Studenten und zu 50 vH. aus Lehrenden besteht. Geht es aber um die Besetzung wichtiger akademischer Positionen - von Professoren, Assistentenprofessoren, Akademischen Räten - dann kann es von der Funktionsfähigkeit eines wissenschaftlichen Leistungsunternehmens her gesehen - und damit haben wir es ja bei einer Hochschule zu tun - nicht angehen, Paritäten zu schaffen, die es theoretisch ermöglichen würden, daß z.B. die Heizungsfachleute einer Hochschule, deren Funktionen ich in ihrem Bereich im Gesamtbetrieb selbstverständlich sehr hoch bewerte, im Konfliktfalle bei Abstimmungen den Ausschlag geben.

Wir sollten daher vom Bundesgesetzgeber her - dies ist meine sehr dezidierte persönliche Auffassung - Paritäten im Hochschulrahmengesetz festlegen. Der Gedanke ist m.E. unerträglich, daß wir in der Bundesrepublik in fünf oder zehn Jahren, wenn wir solche Paritäten im Hochschulrahmengesetz fixieren, gewissermaßen "rote", "blaue", "schwarze" oder "gelbe" Hochschulen haben. Unstrittig sind inzwischen, das haben die Beratungen im 6. Deutschen Bundestag ja noch gezeigt, wichtige Fragen wie etwa die des Quorums, der Briefwahl oder der Formen der "Öffentlichkeit". Kontroversen hingegen könnte es, abgesehen von der Frage der Paritäten, erneut bei der Fixierung des Gesamtverhältnisses zwischen Aufsichtsbehörde "Staat" und Selbstverwaltungsinstitut "Hochschule" geben, um hier noch eine grundlegende Problematik anzudeuten.

So oder so sollten wir unter allen Umständen das Ziel ansteuern ein Hochschulrahmengesetz Ende 1973, spätestens aber Anfang 1974, zu verabschieden. Die Regierung wird zweifellos noch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im Streitfall um das niedersächsische Vorschaltgesetz als auch den Ratifizierungsvorgang des Staatsvertrages der Bundesländer abwarten wollen.

Bei allen in dieser Frage im Bundestag möglicherweise noch auf uns zukommenden Kontroversen, die nicht nur unvermeidlich, sondern - wie in der Politik überhaupt nach unserem pluralistischen Verständnis - auch geradezu erwünscht sein können, sollte weiterhin an der Erzielung eines Minimumkonsens zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien in der Hochschulpolitik gearbeitet werden. Konkret würde das bedeuten, daß im Interesse der Sache, um die es hier geht, und die nach meiner Auffassung keinen weiteren Aufschub duldet, von allzu radikalen Forderungen in welcher Richtung auch immer Abstand genommen werden muß. Wir werden es niemals erreichen können, daß alle Positionen unter ein Dach und in ein Fach gebracht werden können. Dies würde zu einem faulen Kompromiß führen, den keiner will und der dann wiederum der Sache abträglich wäre. Unterhalb dieser Schwelle oder Grenze muß es aber möglich sein, zu tragfähigen Lösungen zu kommen, die eine wichtige neue Etappe in der Entwicklung unserer Hochschulen und damit unserer gesamten Gesellschaft einleiten könnten.

(-/15.3.1973/ks/hf/dx)